

BUND Thüringen kritisiert Forstreform - Gemeinwohl im Staatswald gefährdet

Erfurt. Die heute vom Thüringer Landtag beschlossene Errichtung einer Forstanstalt wird vom BUND Thüringen als Fehlentscheidung kritisiert. Nach Einschätzung des Verbandes geht die Umwandlung der Landesforstverwaltung in eine Anstalt Öffentlichen Rechts zu Lasten der Gemeinwohlfunktionen im öffentlichen Wald.

„CDU und SPD haben sich mit der Umwandlung der Landesforstverwaltung in eine gewinnorientierte Forstanstalt auf den Holzweg begeben“, sagte Dr. Burkhard Vogel, Landesgeschäftsführer des BUND Thüringen. „In Zukunft droht Gewinn vor Gemeinwohl im öffentlichen Wald“.

Nach Angaben des BUND Thüringen sollen der neuen Forstanstalt trotz der wachsenden Herausforderungen an den Öffentlichen Wald in den Bereichen Waldumbau, Klimaschutz und Naturschutz in Zukunft weniger statt mehr Geld zur Verfügung stehen. Auch beim Personal sei ein kontinuierlicher Abbau vorgesehen. Wenn die Anstalt mit weniger Geld und Personal dennoch wirtschaftlicher arbeiten solle, sei dieses Ziel nur durch die Intensivierung der Waldbewirtschaftung zu erreichen. Fehlendes Personal müsse zwangsläufig durch eine stärkere Mechanisierung der Holzernte und fehlendes Geld durch stärkeren Holzeinschlag kompensiert werden.

Der BUND Thüringen befürchtet Entwicklungen, welche in anderen Bundesländern nach der Privatisierung der Forstverwaltung eingetreten seien, auch in Thüringen. Hierzu gehöre der ganzjährige Holzeinschlag ohne Rücksicht auf Brut- und Aufzuchtzeiten, verstärkter Einschlag in wertvollen Altholzbeständen oder massive Bodenschäden durch den Maschineneinsatz.

Als kritisch bewertete der BUND Thüringen auch die Übertragung des Staatswaldes in das Eigentum der Forstanstalt. Damit sei der Landeswald der Kontrolle durch das Parlament entzogen.

Ausdrücklich begrüßte der BUND Thüringen die Entscheidung der Abgeordneten des Thüringer Landtages, den Nationalpark Hainich nicht in die Forstanstalt zu integrieren. Die Wahrnehmung der Belange des Nationalparks sei eine ureigene Aufgabe des Landes. Der Nationalpark habe daher in einer halbprivaten Einrichtung nichts zu suchen, erklärte Vogel.

Für Rückfragen: Dr. Burkhard Vogel, Tel.: 0170 73 19 593